



**Cornelia Möhring**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 75739  
Fax 030 227 – 76739

E-Mail: [cornelia.moehring@bundestag.de](mailto:cornelia.moehring@bundestag.de)

Gemeinsame Presseerklärung mit Gabriele Ritter, LINKE Ratsfrau in Flensburg, zu der Vereinbarung von Diakonie und Maltesern im zukünftigen ökumenischen Großklinikum keine Schwangerschaftsabbrüche durchführen zu wollen

### **Stationäre Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen muss sichergestellt werden**

*[Berlin/Flensburg 29.10.2019]* „Es kann nicht sein, dass das einzige Krankenhaus in einer Stadt keine Schwangerschaftsabbrüche ermöglicht. Der Staat hat hier durch das Schwangerschaftskonfliktgesetz den klaren Auftrag, ein ausreichendes Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen sicherzustellen. Nach der Schließung der Frauen- und Kinderklinik hat die Diakonie diese Aufgabe übernommen. Wenn dies nach der Fusion mit den Maltesern wegbricht, gibt es kein stationäres Angebot mehr. Die Landesregierung muss die Versorgungssituation für Flensburg und Umgebung überprüfen und im Zweifel das zukünftige ökumenische Krankenhaus verpflichten, Schwangerschaftsabbrüche auch jenseits medizinischer Notfälle durchzuführen“, so die LINKE Ratsfrau Gabriele Ritter.

Cornelia Möhring, Bundestagsabgeordnete aus Schleswig-Holstein und frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, ergänzt: „Selbst wenn die Versorgung durch das ambulante Angebot sicher gestellt sein sollte, ist die Verpflichtung der Klinik notwendig. Sich darauf zu verlassen, dass es ausreichend Arztpraxen gibt, ist wenig vorausschauend und damit wird die Versorgung letztlich individuellen Entscheidungen überlassen. Praxen machen dicht, Ärzt\*innen gehen in Rente. Kein Arzt und keine Ärztin kann verpflichtet werden, eine ungewollte Schwangerschaft zu beenden. Damit wir die Versorgung nicht dem Zufall überlassen, braucht es eine verbindliche stationäre Versorgung. Klinikleitungen müssen personalpolitisch dafür sorgen, dass sie Ärzte beschäftigen, die



**Cornelia Möhring**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 75739

Fax 030 227 – 76739

E-Mail: [cornelia.moehring@bundestag.de](mailto:cornelia.moehring@bundestag.de)

Schwangerschaftsabbrüche unter den Voraussetzungen des § 218a  
Absatz 1 bis 3 des Strafgesetzbuches durchführen. Oder anders:  
Plankrankenhäuser, die die Versorgung nicht sicherstellen, bekommen  
auch kein Geld.“

Pressemitteilung